



**RECHT
AUF
STADT!**

Gegenstrategien zur „neoliberalen Stadt“ in
Hamburg

Gliederung

- Gegenbewegungen ...
- Netzwerk *Recht auf Stadt* in Hamburg
- ... und Stadtplanung von unten
- Kampagne 'Mietenwahnsinn stoppen'

„Wir müssen gerade auch in München, in Stuttgart, in Frankfurt, in Köln und in Düsseldorf besonders aktiv sein. Wir müssen unsere Stadt dort auch im persönlichen Gespräch besonders attraktiv darstellen, weil eben Standortentscheidungen sehr häufig auch durch persönliche Informationen beeinflusst werden. Und so wird dann auch Wettbewerb gemacht.“ (Klaus von Dohnanyi „Unternehmen Hamburg“ 1983)

Gegenbewegungen

- Seit September 2009 existiert das Netzwerk „Recht auf Stadt“
- **2009:** Kampf um Freiräume & Großprojekte (Ikea-Ansiedlung in Altona, Moorburgtrasse)
- **2010:** „Wohnen“ wird zum zentralen Thema – Fette Mieten Party, Demo 'Leerstand zu Wohnraum', NoBNQ & St.Pauli-Music-Hall
- **2011:** 'Bezahlbarer Wohnraum' wird Wahlkampfthema, Aktionen durch L.U.X. & Konsorten, Beginn der Kampagnen 'Mietenwahnsinn stoppen' & 'Flora bleibt unverträglich'

Gängeviertel



Gängeviertel



Frappant



Frappant –Besetzungsparty am 22. November

Centro Sociale



Leerstand zu Wohnraum

Aufruf zur Demonstration
„Leerstand zu Wohnraum“

LEERSTAND ZU WOHNRAUM

**ENDLICH DIE
WOHNUNGSFRAGE LÖSEN**

Hier entstehen
107
Sozialwohnungen

**DEMONSTRATION
23.10.13 UHR
UNICAMPUS**

Die Mieten in Hamburg steigen kontinuierlich. Gleichzeitig stehen rund 1,2 Mio. qm Büroraum leer. Aber wie wäre es denn, wenn dieser Raum einfach genutzt wird? Nehmen wir uns das Recht auf Wohnraum!

NO BNQ



BEZIRKSVERSAMMLUNG

ST. PAULI NIMMT SICH DAS RECHT AUF STADT:

GEGEN GENTRIFIZIERUNG,
MIETERHÖHUNG & INVESTORENARCHITEKTUR

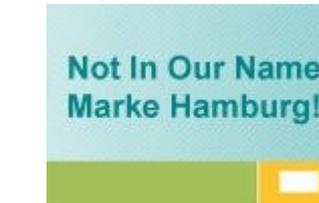
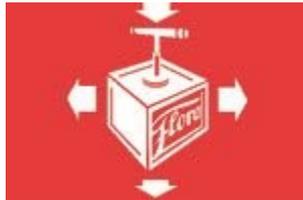
A collection of various puppets and figures, including a sailor, a bear, a frog, and a large character with a mustache, standing on a yellow background with the NO BNQ logo.

14 - 24 UHR

BERNHARD NOCHT STRASSE - HAFENSTRASSE

5. SEPTEMBER 2009

Vernetzungstreffen „Recht auf Stadt“



Einige Initiativen des Hamburger „Recht auf Stadt“-Netzwerk

Recht auf Stadt



Recht auf Stadt

- Konzept "Recht auf Stadt" wurde in den 1960/70er Jahren von Henri Lefèbvre entwickelt
 - Als kollektives Recht für alle StadtbewohnerInnen
 - Während bei in den 1960er Jahren noch die Forderung nach einem Recht auf Differenz überwiegt, geht es heutzutage mehr um das Recht auf Teilhabe.
 - In den USA existiert bereits seit einigen Jahren die Bewegung „Right to the City“

Recht auf Stadt - Hamburg

„Nehmen wir uns das Recht auf Stadt! Es liegt auf der Straße, es hängt in Bäumen und versteckt sich unter Pflastersteinen“

- Unterschiedlichste Menschen kämpfen an den unterschiedlichsten Stellen gegen städtische Umstrukturierung, gegen steigende Mieten und wehren sich gegen Großprojekte, wie Ikea in Altona, BNQ, St.Pauli Music Hall, etc.

Stadtplanung von unten

□ **Häuserkampf 2.0:**

- u.a. Gängeviertel, Frappant, Gählerpark und Rote Flora

□ **Formen der Mitbestimmung:**

- Bürgerbegehren und „Wunschproduktion“

□ **Protest und Gegenöffentlichkeit:**

- Demonstrationen, Fette-Mieten-Party, gekaperte Anhörungen
- NION, 2Prozent, Wimpel und Sticker

□ **Aktivierung und Organisation:**

- MieterInnenversammlung und Stadtteilstadt

Walzerparade gegen hohe Mieten und für den Erhalt des Centro Sociale



Walzerparade im September 2009

Recht auf Wohnraum



„Fette-Mieten-Party“ im Karo viertel 2010

Mietenwahnsinn stoppen

Hamburger Erklärung zur Wohnungspolitik:

- Wir fordern ein Recht auf Wohnraum, welches für jede Person unabhängig von Alter, Nationalität, Aussehen, Geschlecht oder der Größe des Geldbeutels bestehen muss.
- Wir fordern eine gesetzliche Mietobergrenze von 4 Euro/qm. Zunächst umzusetzen für Neubauprojekte, dann für alle.
- Wir fordern einen sofortigen Mietstopp (Erhöhung von Mietpreisen stoppen) und anschließend für bestehenden Wohnraum eine Mietpreissenkung auf die Mietobergrenzen von 4 Euro/qm.
- Wohnen bleiben: Zwangsumzüge von Hartz-IV-EmpfängerInnen müssen gestoppt werden.
- Wohnraum und Fläche müssen in gesellschaftliches Eigentum übergehen. Ein erster Schritt aus der profitorientierten Wohnungspolitik ist die Schaffung eines kommunalen Wohnungsbestandesverbunden mit einer Ausweitung der Mitbestimmung der Mieterinnen und Mieter.
- Leerstand bekämpfen: Wir fordern die Legalisierung der Besetzung von Leerstand.
- Wir fordern die freie Wohnortwahl für Flüchtlinge.

Weitere Infos



Homepage von „Recht auf Stadt“: www.rechtaufstadt.net

Die gesamte Erklärung nachlesen, weitere Informationen einholen und „Mietenwahnsinn stoppen“ unterzeichnen, kann man unter: <http://mietenwahnsinn.rechtaufstadt.net>